



PRESSEMITTEILUNG

Montag, 7. Juni 2021

Trotz Bedenken der Stiko: Spahn gibt Impfung ab zwölf Jahren frei – AfD verweist auf mögliche Risiken und spricht sich gegen Nötigung zur Kinder-Impfung aus

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat heute die Corona-Impfung für Kinder und Jugendliche ab zwölf Jahren erlaubt. Damit setzt er sich über die Bedenken der Ständigen Impfkommission (Stiko) hinweg, die die Datenlage noch für zu unzureichend hält, um die Impfung zu empfehlen. Sämtliche Impfstoffe haben bislang nur eine Notzulassung, da von einer Beobachtung der Probanden über ein Jahr oder länger abgesehen wurde. Über mögliche Langzeitfolgen ist daher noch nichts bekannt.

Der kinder- und jugendpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Jan Schiffers, äußert sich dazu wie folgt:

„Es ist unverantwortlich, dass der gelernte Bankkaufmann Jens Spahn die Bedenken der Ständigen Impfkommission und zahlreicher weiterer Fachleute in den Wind schlägt, um den Familien vor der Bundestagswahl die Illusion zu verschaffen, mit der Impfung ihrer Kinder würde endlich Normalität einkehren und wäre der Sommerurlaub gesichert. Wahltaktische Überlegungen sind Spahn offenbar wichtiger als die Gesundheit unserer Kinder.

Da Kinder nur sehr selten schwer an Corona erkranken, ist eine Impfung nur bei bestimmten Vorerkrankungen nach einer individuellen Risikoabwägung sinnvoll. Bei gesunden Kindern besteht dazu kein Anlass. Derzeit ist aufgrund fehlender Studien über einen längeren Zeitraum hinweg noch nicht absehbar, ob die Risiken der Impfung von Kindern den Nutzen überwiegen. Vor allem Herzmuskel- und Herzbeutelentzündungen wurden nach der Impfung junger Menschen beobachtet. Kinderärzte empfehlen daher, noch abzuwarten, bis mehr Daten vorliegen.

Ich fordere Bundes- und Staatsregierung auf, die Warnungen der Experten nicht zu ignorieren! Die nächsten, dringend notwendigen Öffnungs- und Normalisierungsschritte dürfen nicht von der medizinisch überflüssigen und eventuell risikobehafteten Kinder-Impfung abhängig gemacht werden. Es grenzt an Nötigung und Erpressung, wenn die Bundesregierung Druck auf Eltern und Kinder ausübt und andeutet, dass z.B. ein normaler Schulbesuch zukünftig nur noch für Geimpfte möglich sein könnte. Schluss mit dieser kinder- und jugendfeindlichen Politik!“

**Abgeordneter
Jan Schiffers**

Mitglied des Ausschusses
für Arbeit und Soziales,
Jugend und Familie

Integrationspolitischer
Sprecher der AfD-Fraktion

Kinder- und jugendpolitischer
Sprecher der AfD-Fraktion

Maximillianeum
81627 München
www.bayern.landtag.de

Bürgerbüro
Schützenstraße 12
96047 Bamberg
Telefon +49 951 914166-45
Fax +49 951 914166-47
E-Mail:
buero@jan-schiffers-mdl.de